

WA10 Tödliche Polizeieinsätze: Reformen für Vertrauen und Transparenz

Gremium: KV Oldenburg-Stadt
Beschlussdatum: 09.09.2025
Tagesordnungspunkt: 8. Weitere Anträge

Antragstext

Die Debatten nach tödlichen Polizeieinsätzen – zuletzt der Tod von Lorenz A. in Oldenburg – zeigt auf schmerzliche Weise, wie dringend strukturelle Reformen bei der Polizei erforderlich sind. Besonders junge Menschen, die als „fremd“ gelesen werden, sowie ihre Familien und Freund*innen verlieren aufgrund struktureller ungerechter und ungerechtfertigter Behandlungen zunehmend das Vertrauen in staatliche Institutionen.

In vergleichbaren Fällen wie dem Polizeieinsatz mit Todesfolge in Oldenburg gab es in der Vergangenheit immer wieder schwerwiegende Missestände – von mangelhafter Aufklärung innerhalb der Polizei bis hin zu fehlenden Konsequenzen für verantwortliche Einsatzkräfte.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen schließt sich den Forderungen des Stadtverband Oldenburg an. Ziel ist eine unabhängige und transparente Kontrolle staatlichen Handelns zu gewährleisten und anonyme Anlaufstellen für Polizist*innen zu schaffen.

Unsere Forderungen:

1. Selbständige Ermittlungsstellen auf Bundes- und Landesebene
Wir fordern die Einrichtung einer institutionell unabhängigen Ermittlungsstelle, die bei Verdacht auf polizeiliches Fehlverhalten umfassend und in eigener Zuständigkeit tätig wird. Das gilt für tödlich verlaufende Einsätze, aber auch für Fälle von Diskriminierung, sexualisierter Gewalt oder verfassungsfeindlicher Tendenzen nicht allein in Chatgruppen. Der Blick beispielsweise nach Dänemark zeigt, dass diese Stelle außerhalb der Polizei angesiedelt werden kann und sollte. Bei tödlich verlaufenden Einsätzen soll diese Ermittlungsstelle durch eine zivilgesellschaftlich besetzte Kommission unterstützt werden. Auf Landesebene fordern wir bis dahin umgehend, dass solche Ermittlungen künftig nicht mehr durch benachbarte Polizeiinspektionen oder –direktionen durchgeführt werden, sondern von einer unabhängigen Ermittlungseinheit.

2. Polizeibeauftragte mit echten Befugnissen auf Länderebene
Wir fordern in allen Bundesländern die Einrichtung von unabhängigen, parlamentarisch kontrollierten Polizeibeauftragten mit umfassenden Rechten: Akteneinsicht, eigene Ermittlungen, strukturelle Prüfung von Misseständen. Auch in Niedersachsen fordern wir eine*n solche*n Polizeibeauftragte*n als zentrale Beschwerdestelle für von Diskriminierung betroffene Bürger*innen und für Polizist*innen. Auch innerhalb der Polizei muss es möglich sein, von Diskriminierung betroffenen Anwärter*innen und Beamten*innen die Möglichkeit zu geben, sich anonym, vertrauensvoll und niederschwellig an jemanden zu wenden. Diese sollten, personell auskömmlich ausgestattet, über Verfahrensrechte in Straf-, Disziplinar- und Verwaltungsverfahren verfügen, um Betroffenen die Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen. Zudem empfiehlt sich eine verbindlich geregelte Zusammenarbeit der Polizeibeauftragten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie etwa Opferberatungsstellen.

42 3. Reform der Polizeiausbildung und Einsatzrichtlinien

43 Polizeiliche Ausbildung muss sich grundlegend verändern. Insbesondere
 44 Kommunikation, Deeskalation, der Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen, der
 45 Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit sowie Sensibilität für
 46 strukturelle Diskriminierungsrisiken und Rassismus gehören daher, gleichwertig
 47 zu rechtlichen und taktischen Inhalten, ins Zentrum der Ausbildung an der
 48 Polizeiakademie und dringend auch in die Phase des Praxiseinstiegs in die
 49 Polizei. Ein laufendes Monitoring ist hierfür ebenso unerlässlich wie die
 50 Stärkung der Supervision von polizeilichem Alltagshandeln und
 51 Alltagserfahrungen.

52 4. Rassismuskritische Perspektiven institutionalisieren, Kultur der

53 Rechenschaftspflicht etablieren

54 Institutioneller Rassismus ist kein individuelles Versagen – sondern strukturell
 55 verankert. Deshalb fordern wir verpflichtende Module zu Rassismuskritik und
 56 Diskriminierungssensibilität in der Ausbildung von Polizei, Justiz und
 57 Verwaltung. Nur durch eine Kultur der institutionellen Verantwortung und eine
 58 professionelle, reflektierte Haltung kann das Vertrauen marginalisierter Gruppen
 59 in staatliche Institutionen wiederhergestellt werden.

60 5. Studien zu Diskriminierung anwenden und Polizeiforschung stärken

61 Umfassende, wissenschaftlich fundierte Studien zu institutionellen
 62 Diskriminierungsrisiken in der Polizeiarbeit, zu strukturellem Rassismus, zu
 63 konkreten Rassismus- und Diskriminierungserfahren liegen inzwischen vor.
 64 Polizeiliches Handeln muss nun systematisch mit den Erkenntnissen dieser Studien
 65 in Einklang gebracht werden und weiter durch Forschung begleitet werden. Der
 66 Umgang mit polizeilichen Datensystemen, der Einzug von KI in die Polizeiarbeit
 67 und damit verbunden die Frage diskriminierungssensibler Algorithmen sind nur
 68 zwei weitere Herausforderungen. Hierfür fordern wir eine eigenständige
 69 Forschungsstelle, die dauerhaft Polizei Praxis erforscht und Polizeiarbeit auf
 70 diese Weise unabhängig begleitet

71 6. Schutz, Sichtbarkeit und Förderung marginalisierter Perspektiven

72 Die Erfahrungen von Schwarzen, Indigenen und People of Color (BIPOC) müssen
 73 verstärkt sichtbarer Teil der politischen Debatte werden. Schutzmaßnahmen für
 74 marginalisierte Gruppen dürfen nicht nur symbolisch existieren, sondern müssen
 75 konsequent umgesetzt und gefördert werden. Wir fordern die Anerkennung und
 76 Unterstützung gemeinschaftsbasierter Schutzstrukturen, die von BIPOC selbst
 77 getragen werden – in Politik, Gesellschaft und Verwaltung. Nur durch gezielte
 78 Förderung, politische Repräsentanz und strukturelle Anerkennung kann der Schutz
 79 marginalisierter Gruppen nachhaltig sichergestellt werden.

80 7. Verbindliche Grundlagen für den Einsatz von Bodycams

81 Wir fordern einen bundesweit einheitlichen, gesetzlich verankerten Umgang mit
 82 Bodycams auf breiter, wissenschaftlicher Grundlage. Bodycams sollen
 83 situationsangemessen automatisch aktiviert werden, um eine lückenlose
 84 Dokumentation von Einsätzen zu gewährleisten. So bedarf es zuallererst einer
 85 automatisierten Auslösung der Bodycam beim Waffeneinsatz, darüber müssen
 86 Bodycams beim Einsatz unmittelbaren Zwangs ebenso ausgelöst werden wie auch auf
 87 Verlangen Betroffener. Auch hier braucht es mehr Begleitforschung, zugleich
 88 einer Stärkung der Aus- und Weiterbildung kommunikativer Begleitung der Nutzung
 89 von Bodycams. Zudem müssen Bodycams vor Manipulationen und dem unberechtigten
 90 Zugriff Dritter geschützt und mögliche Verstöße deutlich sanktioniert werden.

91 8. Den Kulturwandel in der Polizei stärken
92 Polizei wird jünger, weiblicher, diverser. Diesen Prozess wollen wir
93 unterstützen. Gleiches gilt für die Demokratiearbeit innerhalb der Polizei. Die
94 Stärkung von demokratischer Resilienz ist der beste Schutz für und durch
95 Polizei, politische Bildung, Erinnerungsarbeit, der kritische und offene
96 Austausch mit der Zivilgesellschaft der richtige Weg.